

Erscheint vorläufig
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkshlatt

Vierteljährlicher Preis
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren:
für die Zeile 1 Silberg

N^o 82.

Paderborn, 10. Juli

1849.

Uebersicht.

Amtliches.

Verordnung über die Presse.

Deutschland. Berlin (das Press- und Vereinsgesetz; Bürgerwehr);
Frankfurt (der zwischen Preußen, Hannover, Sachsen abgeschlossene
Vertrag.)

Schleswig-Holstein. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

Die Feindseligkeiten in Baden.

Der Ungarische Krieg.

Frankreich. Paris (Protestation Kossuth's; die Besetzung Rom's);
Colmar (Verhaftung.)

Italien. (Vom Kriegsschauplatz.) Vermischtes.

Amtliches.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. c. verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministe-
riums, auf Grund des Art. 105 der Verfassungs-Urkunde, was
folgt:

§. 1. Der §. 15 der Verordnung über den Belagerungsstand
vom 10. Mai d. J. soll folgende Fassung erhalten: Nach auf-
gehobenem Belagerungszustande werden alle vom Kriegsgerichte er-
lassenen Urtheile sammt Belagstücken und dazu gehörenden Verhand-
lungen, so wie die noch schwebenden Untersuchungsakten, an die
ordentlichen Gerichte abgegeben; diese haben in den von dem Kriegs-
gerichte noch nicht abgeurtheilten Sachen auf die ordentliche gesetz-
liche Strafe zu erkennen.

§. 2. Die gegenwärtige Declaration tritt mit dem heutigen
Tage in Kraft. Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen
Unterschrift und beigesetzten königlichen Inseel.

Gegeben Sanssouci, den 4. Juli 1849.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg.

von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt.

von Rabe. Simons.

Verordnung

wegen Declaration des §. 15 der
Verordnung vom 10. Mai d. J.
über den Belagerungsstand.

Verordnung betreffend

die Vervielfältigung und Verbreitung von Schriften
und verschiedene durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen,
bildliche oder andere Darstellung begangene strafbare
Handlungen.

(Schluß.)

Verletzung der Sittlichkeit.

§. 24. Wer Druckschriften, welche die Sittlichkeit verletzen,
verkauft, vertheilt oder sonst verbreitet, oder an Orten, welche dem
Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, wird mit Geld-
buße von zehn bis einhundert Thalern oder mit Gefängniß von
vierzehn Tagen bis zu einem Jahre bestraft.

Verleumdung.

§. 25. Wer in Beziehung auf einen Anderen unwahre That-
sachen behauptet oder verbreitet, welche denselben in der öffentlichen

Meinung dem Haffe oder der Verachtung aussetzen, macht sich der
Verleumdung schuldig.

§. 26. Der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder ver-
breiteten Thatfachen kann durch alle gesetzlichen Beweismittel geführt
werden. Dieser Beweis ist nicht zulässig, wenn die dem Anderen
beigemessene Handlung mit Strafe bedroht und eine Freisprechung
durch ein rechtskräftiges Erkenntniß erfolgt ist.

Dieser Beweis ist nicht zulässig, wenn die dem Anderen beige-
messene Handlung mit Strafe bedroht und eine Freisprechung durch
ein rechtskräftiges Erkenntniß erfolgt ist.

§. 27. Der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder ver-
breiteten Thatfachen schließt das Vorhandensein einer Beleidigung
nicht aus, wenn aus der Form der Behauptung oder Verbreitung,
oder aus anderen Umständen, unter welchen sie geschah, die Absicht
zu beleidigen hervorgeht.

§. 28. Sind die behaupteten oder verbreiteten Thatfachen
strafbare Handlungen und ist wegen derselben bei der zuständigen
Behörde Anzeige gemacht, so muß bis zu dem Beschlusse, daß die
Eröffnung einer Untersuchung nicht stattfindet, oder bis zu der Beendi-
gung der eingeleiteten Untersuchung mit dem Verfahren und der
Entscheidung über die Verleumdung innegehalten werden.

§. 29. Die Verleumdung wird mit Gefängniß von acht Tagen
bis zu einem Jahre bestraft. Ist die Verleumdung öffentlich began-
gen, so ist die Strafe Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu achtzehn
Monaten. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann in allen
Fällen die Strafe auf Geldbuße von fünf bis zu dreihundert Tha-
lern bestimmt werden.

§. 30. Den Druckschriften im Sinne dieser Verordnung werden
gleichgestellt alle auf mechanischem Wege irgend einer Art vorge-
nommenen Vervielfältigungen von Schriften, bildlichen Darstellun-
gen mit oder ohne Schrift, und von Musikalien mit Text oder
sonstigen Erläuterungen.

§. 31. Öffentlich im Sinne der §§. 13, 14, 16, 17, 18,
19, 23, 29 dieser Verordnung ist eine Handlung, wenn sie an
öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften, oder durch
Druckschriften oder andere Schriften vorgenommen wird, welche ver-
kauft, verbreitet, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind
ausgestellt oder angeschlagen werden. Als öffentliche Zusammenkünfte
werden auch Versammlungen angesehen, in welchen öffentliche An-
gelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen. (Verordnung
vom 29. Juni d. J.)

Vorläufige Beschlagnahme von Druckschriften.

§. 32. Wenn eine zur Verbreitung bestimmte Druckschrift den
Vorschriften der §§. 1 und 2 nicht entspricht, oder wenn ihr In-
halt sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt, so
sind die Staats-Anwaltschaft und deren Organe berechtigt, die
Druckschrift, wo sie solche vorfinden, so wie die zur Vervielfältigung
bestimmten Platten und Formen, vorläufig mit Beschlag zu belegen.
Die Organe der Staats-Anwaltschaft sind verpflichtet, derselben
innerhalb 24 Stunden nach der Beschlagnahme die Verhandlungen
vorzulegen, und diese ist gehalten, innerhalb 24 Stunden nach er-
folgter Vorlegung ihre Anträge bei der zuständigen Gerichtsbehörde
zu stellen, welche über die Fortdauer oder Aufhebung der verhängten
vorläufigen Beschlagnahme schleunigst zu befinden hat. So weit
zu der Verfolgung wegen einer Druckschrift eine Ermächtigung oder
ein Antrag erforderlich ist (§. 34.), findet auch eine Beschlagnahme
wegen des Inhalts derselben nur unter der nämlichen Bedin-
gung statt.

§. 33. Organe der Staats-Anwaltschaft im Sinne des vor-
hergehenden Paragraphen sind die Polizei-Behörden und andere
Sicherheits-Beamte, welchen nach den bestehenden Gesetzen die